

LAND TAGS KURIER



Seite 10:
Fachregierungserklärung
zur Regionalentwicklung
in Sachsen



Seite 12:
Europaausschuss
tagt mit langer Agenda
in Brüssel



Seite 15:
Österreichs National-
ratspräsident Sobotka
spricht im Landtag

Ausgabe
7.22



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

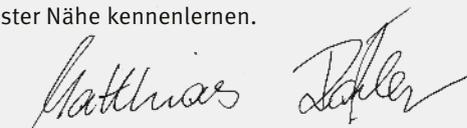
Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

kein anderes Datum der deutschen Geschichte besitzt eine ähnliche Mehrdeutigkeit wie der 9. November. Daran habe ich zu Beginn der 59. Plenarsitzung des Sächsischen Landtags erinnert. Der Tag ist einerseits verbunden mit dem Jahr 1938. Das Wüten der Nationalsozialisten gegen die Juden bedeutete den Anfang ihrer systematischen Verfolgung, die letztlich im Menschheitsverbrechen des Holocaust mündete. Der 9. November liegt seitdem wie ein Schatten auf unserer deutschen Geschichte, der uns zum Gedenken und Innehalten aufruft.

Trotz dieser schweren Hypothek erinnert dieser Tag uns Sachsen aber auch an eine Stunde des unbeschreiblichen Glücks. An jenem Tag 1989 fiel unter dem Druck Hunderttausender die Berliner Mauer. Mit der Grenzöffnung erhielt unser Volk über Nacht seine Freiheit zurück. Nur Wochen später – ich denke dabei insbesondere an den Besuch Helmut Kohls in Dresden –, waren Rufe nach der deutschen Einheit unüberhörbar. Sie kam am 3. Oktober 1990, dem Tag, an dem auch unser Freistaat Sachsen wiedergegründet wurde.

Ohne diese Ereignisse würde es die parlamentarische Demokratie, wie wir sie heute im vereinten Deutschland und Sachsen kennen, nicht geben; denn zum 9. November gehören ebenso die Erschießung des deutschen Freiheitskämpfers und Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung, Robert Blum, in Wien im Jahre 1848 sowie die Ausrufung der ersten deutschen Republik durch Philipp Scheidemann 1918.

Dass Geschichte in all ihren Facetten ungemein lehrreich ist, zeigen jedes Jahr aufs Neue die Jugendgeschichteitage im Sächsischen Landtag. Wozu die jungen Spurensucher in diesem Jahr geforscht haben und welche Projekte ausgezeichnet wurden, steht in dieser Ausgabe. Ausführlich widmet sich der aktuelle Landtagskurier auch der Feierstunde zum Tag der Deutschen Einheit, an die sich traditionell der Tag der offenen Tür anschloss. Auf diese Weise konnten wieder zahlreiche Besucherinnen und Besucher unser Parlament aus nächster Nähe kennenlernen.


Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

58. Sitzung des Sächsischen Landtags Notsituation abgelehnt Landtag debattiert über Entlastungen aufgrund stark gestiegener Energiekosten	4
59. Sitzung des Sächsischen Landtags Besserer Mieterschutz in der Energiekrise DIE LINKE verlangt, dass Wohnen bezahlbar bleibt	5
59. Sitzung des Sächsischen Landtags Erfahrung schützt nicht vor neuen Fehlern BÜNDNISGRÜNE setzen sich für bessere Flüchtlingsunterbringung ein	6
60. Sitzung des Sächsischen Landtags Lob von allen Seiten SPD erinnert an die Einführung der landesweiten Schulsozialarbeit	7
60. Sitzung des Sächsischen Landtags Krankenhäuser bei knapper Kasse Preissteigerungen durch Inflation und Energieknappheit	8
60. Sitzung des Sächsischen Landtags Woher kommt der günstige Strom? AfD kritisiert die Energiepolitik auf Bundes- und Landesebene	9
59. Sitzung des Sächsischen Landtags Chancen und Risiken für die sächsischen Regionen Staatsregierung will den Wandel aktiv gestalten	10
61. Sitzung des Sächsischen Landtags Kontroverse um Volksverhetzungsparagrafen	11

EUROPA

Intensive Gespräche in der »Hauptstadt« Europas Europaausschuss berät vor Ort mit Fachleuten und Repräsentanten europäischer Institutionen	12
--	----

PARLAMENT

Laufende Gesetzgebung	14
------------------------------------	----

AKTUELLES

Der Wert von Einigkeit, Recht und Freiheit Appelle zur Stärkung der Demokratie am Tag der Deutschen Einheit	16
Mit erzgebirgischer Blasmusik ins Parlament Landtag gibt zum Tag der offenen Tür Einblicke in seine Arbeit	18

JUGEND

Spurensuche vor der Haustür Rückblick auf die 18. Sächsischen Jugendgeschichteitage	20
---	----

GESCHICHTE

Das Vertrauen des Landtags Ministerpräsidenten und Landtag in der Zeit von 1919 bis 1933 (Teil 9)	21
---	----

SERVICE

Weitere Informationen des Sächsischen Landtags	24
---	----

Energiekosten, lebendige Regionen, Situation von Flüchtlingen, Schulsozialarbeit

// In den vergangenen Wochen traten die Abgeordneten des Sächsischen Landtags zu insgesamt vier Plenarsitzungen zusammen. Diese fanden am 13. Oktober 2022, am 9. November 2022 und an gleich zwei Terminen am 10. November 2022 statt. Einmal mehr bildete das Thema Energiekosten und die geforderten Entlastungen für Bürger und Unternehmen einen Schwerpunkt der Debatten. //



// Jörg Urban

58. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Der Sächsische Landtag tagte am 13. Oktober 2022 in einer Sondersitzung. Unter dem Titel »Haushaltsgeld für alle Sachsen und Notfallhilfe für Unternehmen« forderte die AfD-Fraktion angesichts der zuletzt stark gestiegenen Preise die Feststellung der außergewöhnlichen Notsituation nach Artikel 95 der Sächsischen Verfassung. Der Antrag verfehlte allerdings die erforderliche Mehrheit des Parlaments. //

Dr. Daniel Thieme

Notsituation abgelehnt

Landtag debattiert über Entlastungen aufgrund stark gestiegener Energiekosten

Schwere Wirtschaftskrise befürchtet

Jörg Urban, AfD, warnte in seiner Rede vor einer extremen Notlage im Winter. Die von den Energiepreisen getriebene Inflation habe das Potenzial, das Land in die schwerste Wirtschaftskrise der Bundesrepublik zu führen. Da sich aber die Bundesregierung hinter einer Expertenkommission verstecke, müsse Sachsen selbst handeln und 1.000 Euro Energiegeld für jeden sächsischen Haushalt und zwei Milliarden Euro zum Schutz der sächsischen Unternehmen bereitstellen.

Der Antrag der AfD und die darin enthaltenen Vorschläge setzten in der derzeitigen Krise die völlig falschen Anreize, kritisierte Jan Löffler, CDU. Er rechnete vor, dass die vorgeschlagenen 1.000 Euro Hilfe relativ betrachtet besonders die Mehrpersonenhaushalte, und damit die Familien, benachteilige. Doch gerade diese hätten derzeit die höheren

Ausgaben. Die Gegenfinanzierung der Ausgaben sei ebenfalls unklar, da nicht ansatzweise Deckungsvorschläge benannt würden.

Entlastungen zielgerichtet einsetzen

Rico Gebhardt, DIE LINKE, befand, der Gaspreisdeckel der Bundesregierung sei in der geplanten Form eine herbe Enttäuschung. Er frage sich, warum der Gaspreis erst nach dem Winter begrenzt werde und weshalb die Deckelung für die Wirtschaft zwei Monate eher komme als für die Privathaushalte. Seine Fraktion fordere daher, dass der Freistaat Sachsen schnell und gezielt Haushalten mit geringen und mittleren Einkommen sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen helfe.

Franziska Schubert, BÜNDNISGRÜNE, appellierte zunächst an die Abgeordneten, in der gegenwärtigen Krise zusammenzuhalten. Es drohe ein massiver konjunktureller Einbruch der Wirtschaft. Um die daraus entstehenden Belastungen abzufangen, plädiere ihre Fraktion für die Einrichtung eines Sondervermögens. Die sächsische Schuldenbremse müsse ebenfalls angepasst werden. Mit dem jetzigen Mechanismus könnten die

sich abzeichnenden Haushaltslücken mittelfristig nicht mehr gefüllt werden.

Sondervermögen einrichten

Gelder mit der Gießkanne zu verteilen, sei sozial ungerecht, sagte Dirk Panter, SPD. Die Bundesregierung gehe hingegen einen besseren Weg. Unter anderem würden Hilfen als geldwerter Vorteil versteuert und Unternehmen erhielten Unterstützung in Form eines Energiepreisdeckels. Sachsen dürfe seine eigene Verantwortung nicht von sich weisen. In der Corona-Krise habe das Parlament binnen Tagen ein Sondervermögen eingerichtet. Genau das müsse jetzt wieder getan werden.

Bei der Energie gebe es schlicht ein Mengenproblem, konstatierte Innenminister Armin Schuster, CDU, am Ende der Debatte. Das Problem ließe sich nicht allein mit viel Geld auf der Nachfrageseite lösen, so wie es der AfD-Antrag vorsehe. Der Staat könne nicht alle gestiegenen Energiekosten undifferenziert finanziell auffangen. Vielmehr müssten jetzt alle aktivierbaren Kraftwerke an den Start gehen, um eine größere Energiemenge zu produzieren. Dann würde auch der Preis für Energie sinken.



Fotos: S. Floss

// Juliane Nagel // Foto: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Besserer Mieterschutz in der Energiekrise

DIE LINKE verlangt, dass Wohnen bezahlbar bleibt

// Mit der Debatte »Wohnen ist ein Menschenrecht: Schutzschirm für bezahlbare Mieten, Energiekosten und gegen Wohnungslosigkeit!« begann am 9. November 2022 die Aktuelle Stunde der 59. Plenarsitzung im Sächsischen Landtag. Beantragt hatte das Thema die Fraktion DIE LINKE. //

Indexmietverträge verbieten

Energiearmut sei eine Realität für Mieterinnen und Mieter, die sowieso unter hohen Wohnkosten zu leiden hätten, so Juliane Nagel, DIE LINKE. Ihre Fraktion fordere daher ein »Krisenpaket Miete«. Es umfasse ein Kündigungsmoratorium für diejenigen, die ihre Nebenkostenabschläge nicht fristgemäß zahlen können, das Verbot von Indexmietverträgen in Inflationszeiten, ein gesetzliches Verbot von Gas- und Stromsperrern sowie einen bundesweiten Mietenstopp.

Ein allgemeiner Mietenstopp sei abzulehnen, entgegnete Oliver Fritzsche, CDU. Wenn der private Bereich auch in Zukunft in das Thema Wohnen investieren solle, dann müsse es weiterhin möglich sein, auskömmliche Mieten zu erzielen. Das Thema der hohen Wohnkosten habe aufgrund der gestiegenen Energiepreise dennoch an Intensität zugelegt. Daher sei die geplante Entlastung bei

Strom- und Gaspreisen ein erster Schritt, um das Wohnen bezahlbar zu halten.

Verbot trifft die Falschen

André Barth, AfD, bezog sich ebenfalls auf die Vorschläge der Fraktion DIE LINKE. Er betonte, ein Mietenstopp treffe nicht nur große, sondern auch kleine Vermieter. Mancher hätte sich die Wohnungen unter Gesichtspunkten der Altersvorsorge gekauft, dürfe dann aber nicht die Mieten erhöhen. Damit werde es unrentabel, bauliche Maßnahmen im Haus durchzuführen, um das gemeinschaftliche Eigentum aller Mieter zu verbessern.

Wohnen sei ein Grundrecht, über das gesprochen werden müsse, so Thomas Löser, BÜNDNISGRÜNE. Kurzfristig helfen könnten vor allem das bundesweit deutlich erhöhte Wohngeld sowie der gestiegene Heizkostenzuschuss. Auf Landesseite müssten Gelder

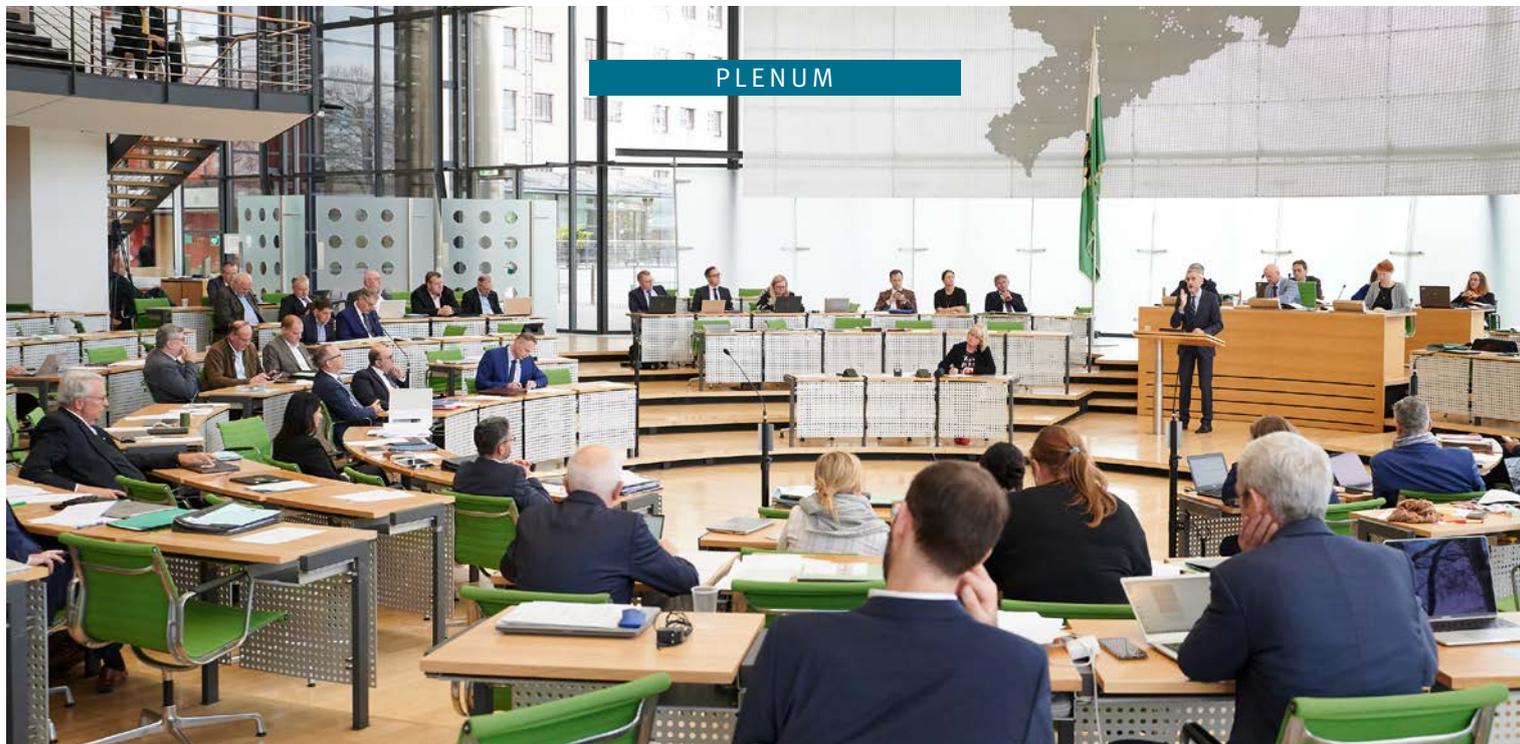
für den sozialen Wohnungsbau kofinanziert und auch ausgegeben werden. Doch beispielsweise die Stadt Dresden habe erst kürzlich alle geplanten kommunalen Wohnbauprojekte für 2023/24 abgesetzt.

Sächsisches Entlastungspaket

Albrecht Pallas, SPD, nannte weitere Vorschläge, um Mieterinnen und Mieter zu unterstützen. Im Ergebnis der Haushaltsverhandlungen werde sich der Freistaat mit circa zwei Milliarden Euro an den Entlastungspaketen des Bundes beteiligen. Geplant sei darüber hinaus eine sächsische Lösung für Härtefälle in Höhe von 200 Millionen Euro. Die Kommunen sollten mit weiteren 200 Millionen Euro in den Bereichen Kita oder Verbraucherschutz entlastet werden.

Thomas Schmidt, Staatsminister für Regionalentwicklung, CDU, forderte, dass die von der Bundesregierung beschlossenen Hilfspakete zielgerichtet, schnell und möglichst einfach umgesetzt werden müssten. Dies sei im gemeinsamen Interesse von Bund und Land. Für die Auszahlung müsse in Sachsen das Zuständigkeitsgesetz geändert werden. In Anbetracht einer Verdreifachung der Anträge werde dieses Vorhaben zu einem enormen Kraftakt.

Am 15. Oktober 2022 verstarb **DR. HORST METZ**. Er gehörte von 1990 bis 2009 dem Parlament an und zeichnete mitverantwortlich für den demokratischen Aufbau im Freistaat Sachsen. Von 2002 bis 2007 wirkte Dr. Metz als sächsischer Staatsminister der Finanzen.



Fotos: S. Floss

59. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Erfahrung schützt nicht vor neuen Fehlern

BÜNDNISGRÜNE setzen sich für bessere Flüchtlingsunterbringung ein

// Das Thema der zweiten Aktuellen Debatte am 9. November 2022 hatte die Fraktion BÜNDNISGRÜNE initiiert. Der Titel lautete: »Gemeinsam Verantwortung tragen – eine humanitäre und sichere Unterbringung für Geflüchtete in Sachsen gewährleisten.« //



// Petra Čagalj Sejdi

Kommunen nicht allein lassen

Petra Čagalj Sejdi, BÜNDNISGRÜNE, wies darauf hin, dass Sachsen seit Februar dieses Jahres etwa 57.000 Menschen aufgenommen habe. In kürzester Zeit sei es gelungen, Unterkünfte, Kita- und Schulplätze bereitzustellen. Nun stehe man wieder vor einer ähnlichen Situation, diesmal mit Menschen, die größtenteils aus Syrien und Afghanistan kämen. Daher dürfe man die Kommunen jetzt nicht alleinlassen. Sie müssten mit allen Kräften unterstützt werden.

Dem stimmte Ronny Wähner, CDU, zu. Wenn weiterhin täglich mehr als 100 Flücht-

linge nach Sachsen kämen, steuere der Freistaat auf eine Überlastung zu. Die Kommunen müssten aufgrund der aktuellen Energiekrise ohnehin schon extreme Belastungen aushalten. Deshalb gehöre es zur politischen Verantwortung, die Grenzen des Machbaren zu sehen und diese auch zu respektieren.

Landkreise finanziell überfordert

Carsten Hütter, AfD, sagte in Richtung BÜNDNISGRÜNE, die Landräte wüssten nicht mehr, wie sie die genannten Forderungen nach besseren Unterbringungsmöglichkeiten oder mehr Sicherheit finanzieren sollten. Ihnen fehlten größere Millionenbeträge, wie ein Brief des Meißner Landrates Ralf Hänsel beweise. In der aktuellen Situation gehe es vor allem um Grenzkontrollen und Abschiebungen sowie die Durchsetzung von Recht und Ordnung.

Juliane Nagel, DIE LINKE, forderte ähnlich wie Petra Čagalj Sejdi dazu auf, aus dem Umgang mit den ukrainischen Flüchtlingen zu lernen. Es sei notwendig, auf überflüssige bürokratische Verfahren zu verzichten.

Stattdessen könne das Potenzial der Zivilgesellschaft genutzt werden, wenn Menschen sich frei bewegen und ihre Aufenthaltsorte selbst suchen dürften. Zusätzlich brauche es aber die Aufnahmeeinrichtungen, wo eine Erstorientierung und -versorgung stattfindet.

Ausreichend Kapazitäten schaffen

Seine Partei stehe für eine humanitäre, sichere und gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen getragene Unterbringung der Menschen, so Albrecht Pallas, SPD. Das bedeute ausreichend Kapazitäten für Menschen mit Kindern, für queere Personen und aus anderen Gründen besonders Hilfsbedürftige zu schaffen. Dazu gehöre ebenfalls die Aufgabe, dass Geflüchtete vor verbaler und körperlicher Gewalt geschützt werden müssten.

Innenminister Armin Schuster, CDU, wies darauf hin, dass in der Praxis vieles besser funktioniere, als es die Debatte vermuten lasse. Zuletzt habe der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Dr. Hans-Eckhard Sommer, den Freistaat dafür gelobt, wie gut die Asylverfahren hier funktionierten. Sachsen sei eines der wenigen Länder, das den Erstaufnahmeprozess komplett in Erstaufnahmeeinrichtungen absolviere und erst dann an Kommunen weitergebe.

Lob von allen Seiten

SPD erinnert an die Einführung der landesweiten Schulsozialarbeit

60. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Am 10. November 2022 trat der Sächsische Landtag zu seiner 60. Sitzung zusammen. Zu Beginn debattierte das Parlament über das Thema »Schule ist mehr als Unterricht. Sechs Jahre Landesprogramm Schulsozialarbeit: ein Erfolgsmodell für Sachsen«. Die Aktuelle Debatte stammte von der SPD-Fraktion. //

Chancen für alle

Mit dem Landesprogramm sei die Schulsozialarbeit an Grundschulen, Gymnasien, Berufsschulen sowie Förderschulen ermöglicht worden, hob Juliane Pfeil, SPD, an. Für jede öffentliche Oberschule solle es mindestens eine Schulsozialarbeiterin oder einen Schulsozialarbeiter geben. Sie verbesserten das Schulklima und ermöglichten so Chancen für alle. Ein Schwerpunkt der aktuellen Haushaltsverhandlungen liege darauf, diese Arbeit weiter auszubauen.

Die Schulsozialarbeit sei heute ein Qualitätsfaktor, lobte auch Alexander Dierks, CDU. Durch sie hätten sich fruchtbringende Partnerschaften für die Schulen entwickelt, die die gesamte Jugendhilfandschaft miteinbeziehen. Wenn Jugendhilfe erfolgreich sein wolle, müsse sie dort ansetzen, wo sie Präventions- und Wirkungscharakter entfalte. Die schwierigen Corona-Jahre hätten die Bedarfe einmal mehr sehr deutlich aufgezeigt.

Lediglich Symptombekämpfung

Das Wort »Erfolgsmodell« passe überhaupt nicht, bemängelte Romy Penz, AfD. So habe der dreimalige Wechsel der Förderkonditionen zwischen August 2017 und 2019 viel Unruhe gebracht und den Trägern der Jugendhilfe einen hohen Verwaltungsaufwand beschert. Dennoch seien die Schulleiter und Lehrer sehr froh, dass es die Sozialarbeit gebe. Zur Wahrheit gehöre aber auch, dass mit ihr lediglich Symptome bekämpft würden.

Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE, gab zu bedenken, dass das Geld für die Schulsozialarbeit bei weitem noch nicht ausreiche. Bisher gebe es sie nur an 592 Schulen, dies entspreche etwa einem Drittel aller allgemeinbildenden Schulen in Sachsen. Schulsozialarbeiter seien im Schnitt für 500 Schüler zuständig. Dies liege angesichts der Vielfalt ihrer Aufgaben eindeutig zu hoch. Der immense Verwaltungsaufwand müsse ebenfalls vereinfacht werden.

Schule als Lebensort

Kathleen Kuhfuß, BÜNDNISGRÜNE, betonte, dass Sachsen zu den bundesweiten Spitzenreitern zähle, was die Quote von Schulsozialarbeitern angehe. Schulen seien nicht länger nur Lern-, sondern auch Lebensorte. Neben der Vermittlung des Lehrplanes spiele die individuelle Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler eine wichtige Rolle. Junge Menschen hätten Fragen, die geklärt werden müssten.

Sozialministerin Petra Köpping, SPD, erinnerte daran, dass bei der Konzeption des Programms zunächst die Oberschulen im Fokus gestanden hätten. Die Schwerpunktsetzung habe sich als richtig erwiesen, da die Probleme in dieser Schulart besonders auffällig gewesen seien. An Oberschulen betrage der Schlüssel 1:350. Dieses Verhältnis solle zukünftig auch auf andere Schultypen übertragen werden. Die Gymnasien stünden mit einem Schlüssel von 1:1.500 am schlechtesten da.

// Kathleen Kuhfuß // Fotos: O. Killig

// Juliane Pfeil



Aktuelle Debatten als Video

Auf dem YouTube-Kanal des Sächsischen Landtags finden sich die Videos aller Aktuellen Debatten in voller Länge:
www.youtube.com/c/saechsischerlandtag01



Krankenhäuser bei knapper Kasse

Dr. Daniel Thieme

Preissteigerungen durch Inflation und Energieknappheit

60. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Alexander Dierks // Foto: O. Killig

// Die CDU-Fraktion hatte die zweite Aktuelle Debatte am 10. November 2022 beantragt. Ihr Titel lautete: »Medizinische Versorgung auf hohem Niveau sichern – Sachsens Krankenhäuser in der Krise unterstützen«. Bund und Länder hatten sich Anfang November auf eine Härtefallregelung für Einrichtungen im Gesundheitswesen geeinigt. Sie sieht unter anderem 8 Milliarden Euro für Krankenhäuser vor. //

Gedeckelte Einnahmen

Als erster Redner ergriff Alexander Dierks, CDU, das Wort. Im Moment seien die Krankenhäuser von hohen Kostensteigerungen betroffen, ihre Vergütungen aber blieben gedeckelt. Um in dieser Situation zu helfen, habe der Bund 8 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Wie die Kliniken aber ihre Verluste konkret ausgleichen könnten und wann das geschehe, sei unklar. Einzelne Krankenhäuser müssten daher bereits Überbrückungskredite aufnehmen.

Frank Schaufel, AfD, stellte fest, dass die Energiekrise nur der berühmte Tropfen sei, der das Fass zum Überlaufen bringe. 96 Prozent der Kliniken könnten die aktuellen Kostensteigerungen aus ihren Umsatzerlösen nicht mehr stemmen. Es brauche deshalb sofort mehr Geld für die Krankenhäuser. Ob in dieser Situation das aktuelle Bundespaket tatsächlich etwas bringe, sei fraglich. Es brauche vielmehr bezahlbare Energie.

Lippenbekenntnisse umsetzen

In der Pandemie habe es immer geheißen, wie wichtig Krankenhäuser seien. Nun aber müssten diese Lippenbekenntnisse umgesetzt werden, so Susanne Schaper, DIE LINKE. Sie wünsche sich statt des glorreichen Debattentitels daher konkrete Vorschläge; denn neben einer auskömmlichen Finanzierung sei auch das Thema Fachkräftemangel ein limitierender Faktor, der in Betracht gezogen werden müsse.

Kathleen Kuhfuß, BÜNDNISGRÜNE, betonte zunächst, dass sich die medizinische Versorgung in Deutschland auf Weltklasseniveau befinde. Um dieses Niveau zu halten, müssten aber einige Architekturfehler des Krankenhaussystems angegangen werden. So setze beispielsweise die Krankenhausfinanzierung deutliche Fehlanreize. Diese würden gegenwärtig für die Fachrichtungen Kinderheilkunde und stationäre Geburtshilfe überarbeitet.

Hilfen konkretisieren

Simone Lang, SPD, drückte ihre Erwartung aus, dass die Bundesregierung die Krankenhäuser in der Krise vor Liquiditätsproblemen schütze. Sie hoffe auf eine zeitnahe Konkretisierung der zugesagten Finanzhilfen, damit die Kliniken Planungssicherheit hätten. Neben dieser Form der Unterstützung bedürfe es einer auskömmlichen Regelfinanzierung. Die im Haushaltsentwurf vorgesehenen zusätzlichen 20 Millionen Euro bei der Einzelförderung seien ein Grund zur Freude.

Auf die Hilfgelder des Bundes ging auch die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Petra Köpping, SPD, ein. Man werde sehen, wie weit die Mittel reichten. Sollten Lücken entstehen, werde sich der Freistaat für eine weitere Unterstützung einsetzen. Wichtig sei, dass die Hilfen schnell Wirkung zeigten. Es dürfe nicht so weit kommen, dass Krankenhäuser aufgrund der Energiekrise schließen müssten.



Fotos: O. Killig

60. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Woher kommt der günstige Strom?

AfD kritisiert die Energiepolitik auf Bundes- und Landesebene

// Die dritte Aktuelle Debatte der 60. Plenarsitzung des Sächsischen Landtags am 10. November 2022 hatte die AfD-Fraktion beantragt. Sie fand unter dem Titel »Volle Energie für Deutschland statt CDU-Pseudo-Opposition« statt. //

Keine Lösungen zu bieten

Man wolle darüber debattieren, wie die Energiekrise schnellstens beendet und den Menschen geholfen werden könne, hob Jörg Urban, AfD, an. Der Gaspreisdeckel komme genauso zu spät wie die Strompreisbremse. Auch für den strukturellen Energiemangel habe die Koalition keine Lösung zu bieten. Ihre Aufgabe bestehe darin, nicht günstige Energie abzuschaffen und »wegzuerbieten«, sondern diese Energie bereitzustellen.

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU, bekundete, dass die Energiewende gescheitert sei und es daher ein neues Denken in alle Richtungen brauche. Die Dinge müssten ideologie-

// Oliver Schenk



frei und technologieoffen betrachtet werden. Dazu gehöre es, das Vorhandene im Sinne der Kinder und Kindeskinde weiterhin zu nutzen. Diese Haltung schließe weder die Kernkraft noch die Nutzung von Kohle aus. Bei der Windkraft gebe es ebenfalls die Möglichkeit, sie gezielt und vernünftig auszubauen.

Preisdeckel kommt zu spät

Die aktuelle Energiekrise sei vor allem eine Energiepreiskrise, so Marco Böhme, DIE LINKE. Es gebe weniger ein Stromproblem und wenn überhaupt existiere ein Wärmeproblem. Vor allem aber gebe es ein Preisproblem. Um diesem zu entgegnen, habe seine Fraktion Vorschläge gemacht. Der nun geplante Gaspreisdeckel im März oder Februar komme zu spät. Die Abschlagszahlungen, die jetzt von der Bundesregierung übernommen würden, verteile sie mit der Gießkanne.

Der Weg aus der Krise sei nicht der energiepolitische Rollback ins letzte Jahrtausend, so Dr. Daniel Gerber, BÜNDNISGRÜNE. Es gehe vielmehr darum, akute Probleme

kurzfristig in den Griff zu bekommen. Die Bundesregierung habe mit der Strom- und Gaspreisbremse, dem Füllen der Gasspeicher auf über 99 Prozent und dem Schaffen von LNG-Terminals geliefert. Der Ausbau der erneuerbaren Energien sei nach langem Stillstand ebenfalls auf Kurs gebracht worden.

Energiewende ist machbar

Volkmar Winkler, SPD, knüpfte an die Worte seines Vorredners an. Deutschland und Europa hätten sich auf den Weg gemacht, unabhängiger von fossilen Brennstoffen und insbesondere von vermeintlich günstigeren Energieimporten aus Russland zu werden. Die Energiewende sei mit erneuerbaren Energien zu bewältigen. Es brauche jedoch in Zukunft einen schnelleren Ausbau sowie die notwendigen politischen Rahmenbedingungen.

Staatsminister Oliver Schenk, CDU, wies darauf hin, dass sich der Beitrag eines Landes zum Klimaschutz nicht allein am Anteil seiner erneuerbaren Energien messen lasse. Dazu gehöre auch seine Fähigkeit, innovative und umweltfreundliche Technologien zu entwickeln. In dieser Hinsicht leisteten die sächsischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen Bemerkenswertes. Diese Entwicklung würde mit attraktiven Förderbedingungen weiter unterstützt.



// Ingo Flemming // Fotos: S. Floss // Jörg Urban



// Antonia Mertsching



// Ines Kummer



// Juliane Pfeil

59. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Thomas Schubert

Chancen und Risiken für die sächsischen Regionen

Staatsregierung will den Wandel aktiv gestalten

Regionen bewahren, entwickeln und fördern

Im Hinblick auf den Wandel in einer globalisierten Welt brauche man Offenheit im Wettstreit der besten Lösungen, so Regionalminister Thomas Schmidt, CDU. Neben einer verstärkten Ausrichtung der Programme auf Stadt und Land stehe nun der Strukturwandel im Zentrum, mit allen Chancen und Risiken. Ein Meilenstein sei hier der europäische Just Transition Fund. Er schließe eine Förderlücke,

// Die 59. Sitzung des Sächsischen Landtags am 9. November 2022 begann mit einer Fachregierungserklärung des Staatsministers für Regionalentwicklung, Thomas Schmidt, zum Thema »Regionalentwicklung für lebendige Regionen«. //

zumal er neben dem Lausitzer und dem Mitteldeutschen Revier auch Chemnitz einbeziehe.

Vor Ort, so Jörg Urban, AfD, zeigten sich die politischen Versäumnisse immer deutlicher. Nicht nur sei der zeitlich vordefinierte Kohleausstieg falsch, auch würde mit den Fördermitteln fragwürdig umgegangen,

wie jüngst der Landesrechnungshof mit Blick auf deren Wirksamkeit bestätigt habe. Strukturwandelförderung dürfe sich allein an der Schaffung neuer Wertschöpfung und Beschäftigung orientieren. Die Staatsregierung agiere indes weiter ohne tragfähigem strategischem Konzept.

Strukturwandel als Chance

Nicht um Schwarzmalerei, sondern um Perspektiven müsse es gehen, konterte Ingo Flemming, CDU. Eine gelungene Regionalentwicklung begleite die Regionen auf dem Weg in die Zukunft, wobei der tiefgreifende Strukturwandel des Kohleausstiegs ohne Frage besondere Beachtung verdiene. Aber auch Regionen außerhalb des unmittelbaren Strukturwandels würden mit guten Konzepten

Chancen der Vernetzung, Digitalisierung und Kooperation zwischen Stadt und Land geboten.

Der Strukturwandel, bekannte Antonia Mertsching, DIE LINKE, sei für die Lausitz eine Chance. Wann bekomme man schon 7 Milliarden Euro für die Gestaltung eines solchen Prozesses. Für so vieles wäre Geld da gewesen, aber stattdessen sähe man Beschwerden vom Sächsischen Rechnungshof sowie anhaltenden Streit in der Region. Die Gelder würden wahllos verteilt oder zur Entlastung des Staatshaushalts genutzt, eine nachhaltige Transformation nicht angestoßen.

Ein positives Lebensgefühl in der Heimat

Ihre Fraktion, so Ines Kummer, BÜNDNISGRÜNE, arbeite gemeinsam mit dem Regionalministerium, verfolge aber auch eigene Schwerpunkte. So gehe

es ihr um mehr gesellschaftliche Teilhabe in Form besserer Erreichbarkeit von Schule, Arzt oder Sportverein durch moderne Mobilität in der Fläche. Echte Bürgerbeteiligung in diesem Strukturwandelprozess sei ein weiterer Faktor. Hier warte man nach wie vor auf die entsprechende Konzeption, auch mit Blick auf Kinder- und Jugendbeteiligung.

Rede man im Hohen Haus von einer gelingenden Regionalentwicklung, so stehe stets das Ziel im Mittelpunkt, in allen Regionen gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen, betonte Juliane Pfeil, SPD. Hierfür müsse auch ein positives Lebensgefühl der Menschen in ihrer Heimat kreierte werden. Lebendige Regionen könnten nur mit den Menschen vor Ort entstehen. Die SPD habe daher neben der Wirtschaft auch die sozialen Faktoren sowie ein gutes Angebot an Schulen und Kitas im Blick.

HINTERGRUND

Die Europäische Union fördert mit dem Just Transition Fund (JTF), also dem Fonds für einen gerechten Übergang, diejenigen Gebiete, die aufgrund des europäischen Wandels zu einer klimaneutralen Wirtschaft schwerwiegende sozioökonomische Herausforderungen bewältigen müssen. Nach den Vorgaben der Europäischen Kommission sollen in Deutschland die Braunkohlereviere förderfähig sein, die im Rahmen des nationalen Kohlekompromisses berücksichtigt werden.

In Sachsen gehören dazu die Landkreise Bautzen und Görlitz im Lausitzer Revier sowie die Landkreise Leipzig, Nordsachsen und die Stadt Leipzig im Mitteldeutschen Revier. Sachsen hat sich ferner dazu entschieden, die Stadt Chemnitz aufzunehmen, um sie bei den Herausforderungen des industriellen und ökologischen Wandels vor Ort zu unterstützen. Mit dem Geld sollen Projekte gefördert werden, mit denen sich die Reviere zu modernen Wirtschafts- und Energieregionen entwickeln können.

Die Europäische Kommission hat das sächsische Programm für die Jahre 2021 bis 2027 genehmigt. Nun kann der Freistaat damit beginnen, die Mittel für Fördervorhaben einzusetzen. Aus dem Just Transition Fund stehen für Sachsen bis 2027 rund 645 Millionen Euro bereit. Zudem stehen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) bis 2027 rund 1,95 Milliarden Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen unter: www.europa-fördert-sachsen.de



Foto: O Killig

Kontroverse um Volksverhetzungsparagrafen

61. Sitzung des Sächsischen Landtags

In einer kurzfristig anberaumten Sondersitzung befasste sich der Sächsische Landtag am 10. November 2022 mit dem Antrag der AfD-Fraktion, »Einberufung des Vermittlungsausschusses nach Art. 77 II GG«. Die einreichende Fraktion forderte die Staatsregierung auf, die Einberufung des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat mit dem Ziel zu beantragen, die Neuregelung des § 130 Abs. 5 Strafgesetzbuch in der jetzigen Form zu streichen. Die Bundesregierung habe mit der Verschärfung des § 130 StGB ein »Einfallstor für eine politische Justiz und die Zensur missliebiger Meinungen geschaffen«, so Jörg Urban, AfD.

Seitens der anderen Fraktionen wurden diese Bedenken nicht geteilt und der Antrag am Ende vom Landtag mehrheitlich abgelehnt. Der Abs. 5 des § 130 StGB, so Martin Modschiedler, CDU, begrenze die Meinungsäußerung zum Schutz des öffentlichen Friedens. Der Bundesgesetzgeber gebe »der Polizei, der Staatsanwaltschaft und den Gerichten ganz im Sinn einer wehrhaften Demokratie das entsprechende Handwerkszeug« mit. Hingegen kritisierte Rico Gebhardt, DIE LINKE, die »Nacht- und Nebelaktion«, in

der der Bundestag den Volksverhetzungsparagrafen verschärft habe und wies auf eine sich wohl vergrößernde Problematik in der konkreten Rechtsanwendung hin. Die »gerichtliche und wahrscheinlich auch verfassungsgerichtliche sowie publizistische Auseinandersetzung mit dieser Regelung« werde noch lange präsent sein, befand ebenfalls Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE, der ansonsten die hohe Sensibilität dieses Bereichs des Strafrechts unterstrich. Der »Kanon der Verbrechen, die nicht ungestraft zu leugnen« seien, solle erweitert werden, war sich indes Hanka Kliese, SPD, sicher. Ein Beispiel sei der Genozid an den Armeniern, der künftig nicht mehr ungestraft verharmlost werden könne. Schließlich legte Staatsminister Wolfram Günther, BÜNDNISGRÜNE, in seiner Rede darauf Wert, Bedenken zu entkräften, die neue gesetzliche Regelung sei ein Vorwand, um die öffentliche Meinung einzuebnen. Das stimme nicht.

ZUM NACHLESEN

Die gesamte Debatte





// Auswärtige Sitzung des Ausschusses im Gebäude der Europäischen Kommission // Fotos: Landtag

Intensive Gespräche in der

Europaausschuss berät vor Ort mit Fachleuten und Repräsentanten europäischer Institutionen

Dirk Förster

// Die Oktobersitzung des Ausschusses für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung war in mehrfacher Hinsicht eine besondere. Anknüpfend an die in der letzten Legislaturperiode begründete Praxis, nach Möglichkeit jährlich eine auswärtige Sitzung in Brüssel bzw. Berlin abzuhalten, reiste der Ausschuss nach der Corona-Zwangspause erstmals wieder für zwei Tage in die »Hauptstadt« der Europäischen Union nach Brüssel. //

Die Ausschusssitzung am Ort der Europäischen Kommission und des Rates der EU bietet den Abgeordneten des Sächsischen Landtags die Gelegenheit, mit einer Vielzahl von Akteuren auf dem Brüsseler Parkett in den direkten Austausch zu treten. Im Rahmen der Unterredungen lassen sich Informationen aus erster Hand einholen, Verständnisfragen klären oder sächsische Erfahrungen und Sichtweisen in die europäische Diskussion einbringen. Bei Bedarf ergibt sich dabei auch die Möglichkeit, unmittelbar Kritik an EU-weit entwickelten Konzepten und Regelungen zu äußern und näher zu begründen.

In diesem Zusammenhang hatte sich der Ausschuss hochrangige, inhaltlich jeweils bestens informierte Gesprächspartner eingeladen, um mit diesen eine breitgefächerte

europapolitische Themenpalette zu erörtern. Für körperliche Bewegung zwischen den Gesprächsrunden sollte schließlich auch gesorgt sein, fand die Sitzung doch in verschiedenen Räumlichkeiten im Brüsseler Europaviertel statt. Neben dem Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen tagte man in der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU, im Berlaymont-Gebäude der Europäischen Kommission sowie beim Europäischen Auswärtigen Dienst.

Bereits die Briefings durch den Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, Michael Clauß, und seine Stellvertreterin, Dr. Helen Winter, zeigten deutlich, wie vielschichtig und kompliziert die Herausforderungen der EU nach innen wie nach außen aktuell sind. Mit Verweis auf die geopolitische Situation in



// Gespräch in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU

Sicherheits-, Migrations- oder Energiefragen betonte Botschafter Clauß, dass es im Sinne aller Mitgliedsstaaten liege, die Handlungsfähigkeit der EU zu stärken, da sich europäische Interessen gerade hier nur gemeinsam durchsetzen ließen.

Weitere Gespräche mit dem Leiter des Arbeitsbereichs Militärpolitik der deutschen EU-Vertretung, Flottillenadmiral Jens Beckmann, oder dem Stellvertretenden Generaldirektor für Migration und Inneres der Europäischen Kommission,



Commission européenne
Europese Commissie



// Landtagsabgeordnete vor dem Berlaymont-Gebäude der Europäischen Kommission

»Hauptstadt« Europas

Johannes Luchner, machten in diesem Zusammenhang klar, wie schwierig es ist, sich innerhalb der EU auf gemeinsame Maßnahmen zu einigen, selbst wenn man sich hinsichtlich der Ziele einig ist. Luchner formulierte angesprochen auf die stockenden Verhandlungen zum Asyl- und Migrationspakt deutlich: »Entweder wir managen als EU gemeinsam oder wir managen gar nichts.«

Intensive, zum Teil auch kontroverse Diskussionen führte der Ausschuss zudem mit dem Ständigen Vertreter der Europäischen Zentralbank in Brüssel, Boris Kisselevsky, im Hinblick auf die Maßnahmen der Mitgliedsstaaten und der EZB zur Bekämpfung der Inflation im Euro-Raum. Mit dem Europaabgeordneten Prof. Dr. Sven Simon gab es ein Gespräch zu den Perspektiven für eine institutionelle Reform der EU nach der Konferenz zur Zukunft Europas. Einen ganz direkten Bezug zum Freistaat Sachsen hatte der Austausch mit Florian Woitek, Referent im »Just Transition«-Team der Generaldirektion Energie der Europäi-

schen Kommission, zur Unterstützung der Europäischen Union für den Strukturwandel in den sächsischen Kohleregionen. Mit Dr. Christoph Nerlich, Mitglied im Kabinett des zuständigen EU-Kommissars, erörterte man die Umsetzung der Europäischen Maßnahmen für Beschäftigung und soziale Rechte, während der EU-Sondergesandte für die Östliche Partnerschaft, Dirk Schuebel, den Abgeordneten eindrücklich die aktuelle Situation in Belarus, der Ukraine und Russland erläuterte.

In allen Gesprächen wurde eine große Einigkeit zwischen den Brüsseler Experten und den Mitgliedern des Ausschusses hinsichtlich der Notwendigkeit und Bedeutung der politischen Teilhabe nationaler bzw. regionaler Parlamente an den verschiedenen EU-weiten Diskussionen und Entscheidungen deutlich. Vor diesem Hintergrund kann das besondere Format solcher Sitzungen auch künftig einen kleinen Teil dazu beitragen, eine dementsprechende Normalität weiter auszubauen.

25 JAHRE Parlamentskonferenz CALRE



// Dr. Matthias Röbler // Foto: Landtag

Landtagspräsident Dr. Matthias Röbler nahm am 6. und 7. Oktober 2022 an der Konferenz der europäischen Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen (CALRE) teil. Der Verband wurde 1997 im spanischen Oviedo gegründet. Ihm gehören insgesamt 72 Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten an.

Seit der Gründungserklärung von Oviedo besteht das Ziel von CALRE darin, die demokratischen und partizipativen Prinzipien im Rahmen der Europäischen Union zu vertiefen, die Werte und Prinzipien der regionalen Demokratie zu verteidigen und die Verbindungen zwischen den regionalen gesetzgebenden Versammlungen zu stärken.

Die Tagung fand anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Zusammenschlusses an ihrem Gründungsort in Oviedo statt.

Weitere Informationen: www.calrenet.eu

LAUFENDE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Raumordnung und Landesplanung des Freistaates Sachsen (Landesplanungsgesetz – SächsLPIG) 7/10995 AfD	Nach dem Gesetzentwurf soll der regelmäßige Raumordnungsbericht an den Landtag künftig auch die Entwicklung der Gemeinden berücksichtigen.	1. Beratung sowie Überweisung an den Ausschuss für Regionalentwicklung am 10. November 2022
Gesetz zur Errichtung eines »Sondervermögens Sozialausgleich« (Sächsisches Sozialausgleichsgesetz – SächsSozAusglG) 7/11152 DIE LINKE	Ein Sondervermögen zur Gewährleistung und Stärkung des sozialen Ausgleichs in Höhe von 5 Milliarden Euro soll Menschen in Sachsen von sozialen Kosten und krisenbedingten Mehrbelastungen finanziell entlasten.	1. Beratung sowie Überweisung an den Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung (ffd.) sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss und den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt am 10. November 2022
Sächsisches Gesetz über die Bestimmung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer (Sächsisches Grunderwerbsteuersatzgesetz – SächsGrEstSatzG) 7/11154 AfD	Um den Ersterwerb von Wohneigentum attraktiver zu machen, soll die Grunderwerbsteuer von 3,5 Prozent auf 1,0 Prozent abgesenkt werden.	1. Beratung sowie Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss am 10. November 2022
Gesetz zur Neuregelung des Lebensmittel-, Futtermittel- und Tabakrechts im Freistaat Sachsen 7/11290 Staatsregierung	Die grundlegende Überarbeitung berücksichtigt aktuelle Entwicklungen auf Bundes- und EU-Ebene. Insbesondere soll eine »Interdisziplinäre Kontrolleinheit für die Lebensmittelsicherheit« eingerichtet werden, die bei Ereignisfällen und Krisen als zentrale Vollzugsbehörde Gesundheitsgefahren abwenden soll.	Überweisung an den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (ffd.) sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss am 7. November 2022
Gesetz zum Dritten Medienänderungsstaatsvertrag 7/11327 Staatsregierung	Der Staatsvertrag setzt die erste Phase der Reform von Auftrag und Struktur der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten um. Das Zustimmungsgesetz überführt den Staatsvertrag in Landesrecht.	Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus am 10. November 2022
Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsrechts und weiterer verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften im Freistaat Sachsen 7/11328 Staatsregierung	Zur Effektivierung der Verwaltungsvollstreckung sollen Befugnisse der Vollstreckungsbehörden erweitert werden. Zudem sind im Kommunalabgabenrecht Erleichterungen für die Kommunen vorgesehen.	Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport am 10. November 2022
Erstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Krebsregistergesetzes 7/11333 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Nach Kündigung des Staatsvertrages über das Gemeinsame Krebsregister der neuen Bundesländer ist eine gesetzliche Grundlage zur Übernahme und Verarbeitung der den Freistaat Sachsen betreffenden Daten erforderlich.	Überweisung an den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt am 11. November 2022
Zweites Gesetz zur Änderung des Sächsischen Heilberufekammergesetzes 7/11334 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Approbierten Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten soll die Mitgliedschaft in einer Kammer ermöglicht werden.	Überweisung an den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt am 11. November 2022
Gesetz zur Verkürzung der Ladenöffnungszeiten und zur Verbesserung des Schutzes der Beschäftigten im Einzelhandel (Sächsisches Beschäftigtenschutzgesetz für den Einzelhandel) 7/11340 DIE LINKE	Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollen Verkaufsstellen an Werktagen nur noch von 8 bis 20 Uhr öffnen dürfen. Zudem soll die Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen begrenzt und ausgeglichen werden.	Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr am 11. November 2022
Gesetz zur Einführung eines Kopftuchverbots in Schulen und in Kindertageseinrichtungen 7/11343 AfD	Schülern und Kindern in Schulen und Kindertageseinrichtungen soll das Tragen eines islamischen Kopftuchs verboten werden.	Überweisung an den Ausschuss für Schule und Bildung (ffd.), den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie den Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung am 11. November 2022

ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Nachholung gesetzlicher Feiertage im Freistaat Sachsen (Sächsisches Ersatzfeiertagsgesetz – SächsErsatzFG) 7/10915 DIE LINKE	Fallen gesetzliche Feiertage auf ein Wochenende, sollten sie laut Gesetzentwurf an einem folgenden Wochentag nachgeholt werden.	abgelehnt

Die »Laufende Gesetzgebung« zeigt den Fortschritt in aktuellen Gesetzgebungsverfahren des Sächsischen Landtags an. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene und abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt. Stand: 14. November 2022.

Erinnern und Feiern am Tag der Deutschen Einheit



// Wolfgang Sobotka // Foto: S.Floss

// Die Wiedervereinigung Deutschlands und die Wiedergründung des Freistaates Sachsen beging der Sächsische Landtag am 3. Oktober 2022 mit einem Festakt. Am Nachmittag öffnete das Parlament dann seine Türen für die allgemeine Öffentlichkeit und stellte mit einem vielfältigen Programm seine Arbeit vor. //



// Sächsisches Vocalensemble im Plenarsaal

Dr. Daniel Thieme

Der Wert von Einigkeit, Recht und Freiheit

Appelle zur Stärkung
der Demokratie am Tag
der Deutschen Einheit

Insgesamt nahmen mehr als 250 Gäste aus Politik und Gesellschaft an der Feierstunde im Plenarsaal teil. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung von mehr als 30 Sängerinnen und Sängern des Sächsischen Vocalensembles unter Leitung von Matthias Jung.

Einigkeit, Recht und Freiheit

Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler begrüßte die Gäste mit einer Ansprache, die den Dreiklang von Einigkeit, Recht und Freiheit in den Mittelpunkt stellte. Er erinnerte daran, dass die Verse der deutschen Nationalhymne bis heute das zentrale Versprechen des demokratischen Verfassungsstaates abbildeten. »Einigkeit zu fördern, Recht zu bewahren und Freiheit zu gewährleisten – darin liegt das Vertrauen der Bürge-

// Am 3. Oktober 2022 feierte der Sächsische Landtag die Wiedervereinigung Deutschlands sowie die Wiedergründung Sachsens vor über 30 Jahren. Festredner des Tages war der Präsident des österreichischen Nationalrates, Wolfgang Sobotka. //

rinnen und Bürger in unseren Staat und in unsere Verfassung, besonders in den schweren Zeiten, die vor uns liegen.«

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft forderte Rößler

// Martin Dulig



mehr Zusammenhalt: »Wir brauchen wieder mehr Miteinander und kein Gegeneinander.« Die Stärke der Demokratie bestehe vor allem in der Vielfalt ihrer Meinungen. Dies unterscheide sie ganz wesentlich von autokratischen Staaten, die Einigkeit um jeden Preis erzwingen würden.

Der Landtagspräsident ging in seiner Ansprache ebenso auf die Rolle des Rechtsstaates ein. Wenn sich Bürgerinnen und Bürger von der Politik und sogar von der Verfassung abwendeten, dann sei das alarmierend. Sie dürften nicht den Glauben in die Handlungsfähigkeit des Staates verlieren.

Zum Begriff der Freiheit betonte Rößler, dass dieser



// Dr. Matthias Rößler

konstitutiv für den heutigen Freistaat sei. Während der Friedlichen Revolution habe der Wunsch darin bestanden, von einem totalitären Staat befreit zu leben. Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine sagte er: »Freiheit ist unverhandelbar. Weder die des Einzelnen noch die von Staaten, weder bei uns noch in allen anderen Ländern dieser Welt.«



WOLFGANG SOBOTKA

- geboren am 5. Januar 1956 in Waidhofen an der Ybbs (Österreich)
- Studium der Geschichte an der Universität Wien, Studium am Brucknerkonservatorium in Linz (Dirigieren) sowie Studium von Violoncello und Musikpädagogik an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien
- Musikschullehrer und später Leiter der Musikschule Waidhofen an der Ybbs (1972 – 1998)
- Lehrbeauftragter an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien (1987 – 1998)
- Mitglied der Landesregierung von Niederösterreich (1998 – 2016)
- Österreichischer Bundesminister für Inneres (2016 – 2017)
- Präsident des Nationalrates der Republik Österreich (seit 2017)

AKTUELLES



Die Reden der Feierstunde zum Tag der Deutschen Einheit sind als Heft 76 im Rahmen der FESTAKT-Reihe erschienen.

Fotos: S. Floss

Angst mit Hoffnung überwinden

Der stellvertretende sächsische Ministerpräsident, Staatsminister Martin Dulig, würdigte in seiner Rede den früheren Staatsmann Michail Gorbatschow. »Er hat uns eine Hoffnung gegeben und damit die Kraft, auch Angst zu überwinden. Denn die Demonstrationen, egal ob in Plauen, Dresden oder Leipzig, konnten nur stattfinden, weil Menschen ihre Angst überwunden haben.«

Trotz ihrer Furcht vor einem harten Eingreifen der DDR-Führung seien die Menschen auf die Straße gegangen und hätten damit die Voraussetzungen für die deutsche Einheit geschaffen. Dulig verwies in diesem Zusammenhang auf seine eigene Biografie. Aufgrund seiner kirchlichen Herkunft sei ihm ein Studium versagt worden. Er habe daher Steinmetz werden sollen. Die Friedliche Revolution habe dann vieles verändert. »Heute stehe ich hier als Vize-Ministerpräsident. Und ich stehe hier in Demut und in Dankbarkeit. Denn wir haben mit der Demokratie Freiheit, Verwirklichungschancen und Wohlstand gewonnen.«

Lehren aus der Geschichte

Die Festrede zum 3. Oktober hielt in diesem Jahr der österreichische Parlamentspräsident Wolfgang Sobotka. Er ließ die Zuhörer teilhaben an seiner Sicht auf die deutsche Einheit und die gegenwärtige politische Situation in Europa. Er schlug einen Bogen von der Vergangenheit in die Gegenwart, indem er ausführte: »Das Festhalten Helmut Kohls an einer Staatsbürgerschaft und am besonderen Charakter der innerdeutschen Grenze bis zum Schluss, zeigt, dass langfristig gedachte Politik, die der Verfassung treu bleibt, von Erfolg gekrönt wird.«

Sobotka ergänzte: »Für manche war das Festhalten an der Wiedervereinigung nur so ein Gerecke, das die Entspannungspolitik und den Frieden gefährden würde.« Letztlich aber hätten Michael Gorbatschow und Alexander Jakowlew durch Glasnost und Perestroika ein Fenster aufgestoßen, in dem sich Europa grundlegend verändern konnte. »Der Sieg der Freiheit, der Sieg der Demokratie, das Gebot der Selbstbestimmung überwand alle Hindernisse.«

Dieses Rad der Geschichte dürfe der russische Präsident

Wladimir Putin nicht mehr zurückdrehen. »Gehen wir geschlossen gegen die russische Erzählung vor. Menschenrechtsverletzungen sind unteilbar und Kriegsverbrechen bleiben Kriegsverbrechen, gehören aufgearbeitet, untersucht und letztlich vor Gericht gebracht.«

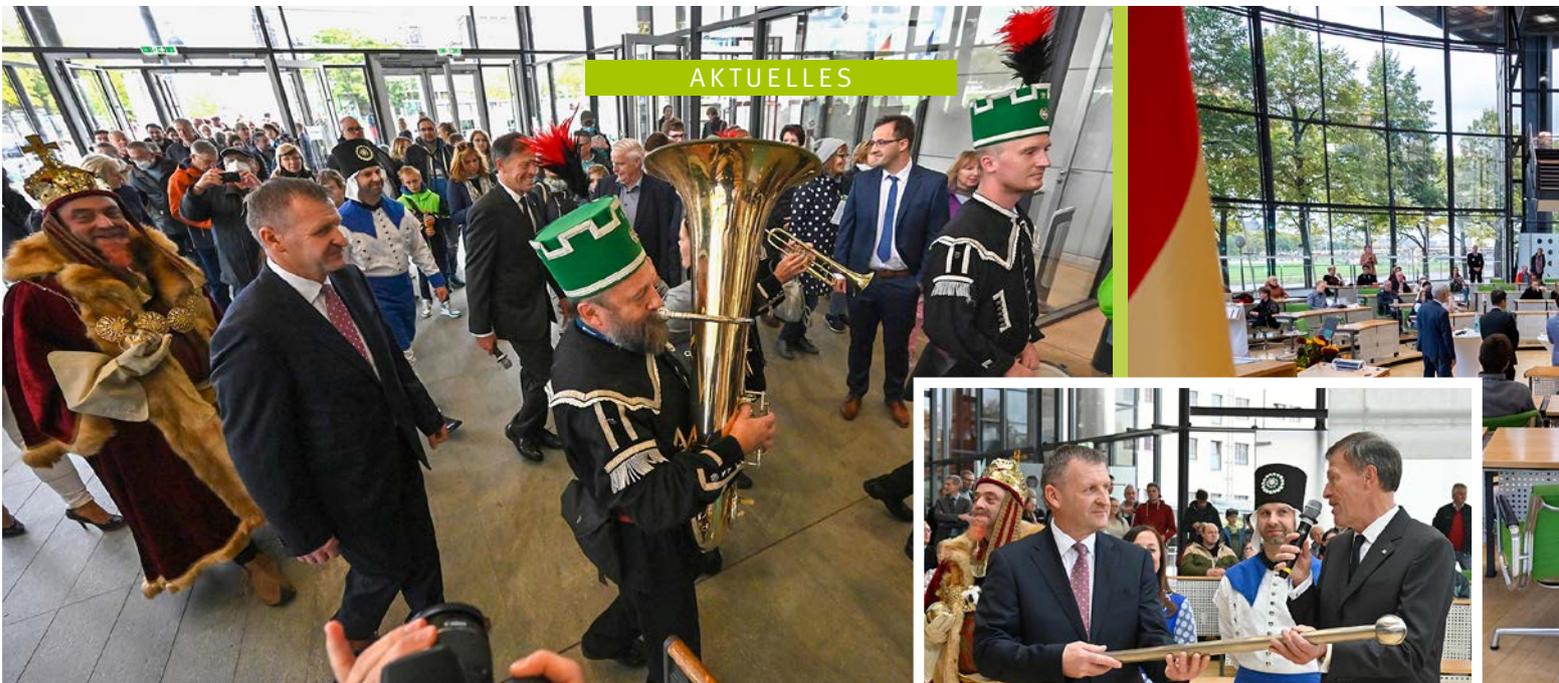
Ebenso eindrücklich warnte der Präsident des österreichi-

sch Nationalrates davor, den Antisemitismus zu unterschätzen: »Seit 2 000 Jahren erhält der Judenhass kontinuierlich seine toxische Grundsubstanz und füllt sie nur in andere Flaschen«. Man müsse daher Antisemiten mit allen Mitteln des demokratischen Verfassungsstaates entgegen-treten.

DIE DEUTSCHE NATIONALHYMNE

- Melodie im Jahr 1797 von Joseph Haydn als Kaiserhymne komponiert
- 1841 dichtete August Heinrich Hoffmann von Fallersleben die Verse als »Lied der Deutschen«
- 1922 in der Weimarer Republik erstmals zur Nationalhymne bestimmt
- von den Nationalsozialisten missbraucht (gesungen wurde nur die erste Strophe in Verbindung mit dem Horst-Wessel-Lied)
- 1952 in der Bundesrepublik die dritte Strophe des Deutschlandlieds zur Nationalhymne erklärt
- im wiedervereinigten Deutschland 1991 bestätigt
- heute als staatliches Symbol in besonderer Weise vor Verunglimpfung geschützt





Fotos: M. Rietschel

Tina Kablau

MIT ERZGEBIRGISCHER BLA

Landtag gibt zum Tag der offenen Tür Einblicke in seine Arbeit

Im Rhythmus des »Steigerlieds« konnten die Besucher zum Tag der offenen Tür am 3. Oktober in den Sächsischen Landtag gehen. Sieben Musiker des Bergmannsblasorchesters Aue-Bad Schlema führten den Aufzug an, dem sich die Gäste anschlossen. Es war der Auftakt für einen besonderen Besuch im Landtag für politisch Interessierte. Für die Erzgebirger selbst war es die beste Werbung zum »Tag der Sachsen«, deren Aus-

// Eine lange Tradition des Sächsischen Landtags bildet der Tag der offenen Tür jedes Jahr am 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit. Dabei können die Besucher die Arbeit des Parlaments aus nächster Nähe kennenlernen, mit Abgeordneten ins Gespräch kommen oder an einer Führung teilnehmen. Das Angebot nutzten in diesem Jahr 2500 Interessierte aus Sachsen und darüber hinaus. //

richter sie im nächsten Jahr sein werden.

Im Plenarsaal begrüßte Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler die Anwesenden und eröffnete den informativen Nachmittag im sächsischen Parlament. Mancher nahm an einer der Führungen durch den Altbau teil. Das Besondere an diesem Tag: Selbst das Büro des Landtagspräsidenten stand offen. Die Besucher konnten

gleich nebenan im Präsidiumssaal sitzen und mit dem Hausherren diskutieren.

Die Arbeit des Parlaments wurde aber auch an den vielen weiteren Informationspunkten vorgestellt. So war es möglich, sich mithilfe der Dauerausstellung »Das Parlament der Sachsen« zur Geschichte, den Aufgaben und Pflichten des Sächsischen Landtags zu informieren. Wer es sich zutraute,

konnte im Anschluss an einem Quiz teilnehmen und das neu erworbene Wissen testen. Außerdem gab es Infostände des Petitionsdienstes, des Sächsischen Ausländerbeauftragten und der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der Sächsischen Datenschutzbeauftragten.

In der Lobby vor dem Plenarsaal präsentierten sich die fünf Fraktionen. Die Abgeordneten





SMUSIK INS PARLAMENT



mussten Rede und Antwort zu ihrer Arbeit stehen und sich dabei manches Bürgerproblem anhören. Aktuelle Themen wie die Energiekrise, die Inflation und Umweltthemen wurden auch in den Diskussionsrunden im Plenarsaal besprochen. Zusätzlich bot sich die Möglichkeit, den Landtag virtuell zu erkunden. Mit einer VR-Brille auf der Nase konnte man fast bis in jede Ecke des Parlaments blicken.

Eine fünfköpfige Familie aus Freital, darunter auch die Oma, kann man schon als Landtags-Experten bezeichnen. Sie war bereits zum dritten Mal zum Tag

der offenen Tür in die Landeshauptstadt gekommen: »Es wird hier nie langweilig, auch nicht beim dritten Mal. Wir nutzen das Angebot, um Politik näher zu erleben und Fragen zu stellen.« Zum etwas jüngeren Publikum zählten unter anderem Kiki, Amina und Jakob – alle drei 17 Jahre alt. Sie gehen in Dresden zur Schule und erzählten, dass sie bewusst in den Landtag gekommen seien, nachdem sie die Werbung für die Veranstaltung gesehen hatten.

Auf dem Weg zum Deutschkurs hatte eine ukrainische Besucherin einen Zwischenstopp

eingelegt. Sie wolle das Parlament und die Politiker erleben, sagte sie. Ihr sei es wichtig, das Bundesland näher kennenzulernen, in das sie gekommen sei.

Die allermeisten Besucher an diesem Tag kamen aus der Landeshauptstadt. Doch auf der Sachsenkarte verewigten sich auch Gäste aus Zittau, Plauen oder etwa Delitzsch mit einer bunten Markierung. Für Gäste beispielsweise aus Hannover oder Frankreich reichte der Platz auf der Karte leider nicht aus. Trotzdem kamen sie schnell mit anderen ins Gespräch.

Im Erzgebirgsstädtchen Aue-Bad Schlema soll im kommen-

den Jahr der »Tag der Sachsen« stattfinden. Mit ihrem Rahmenprogramm im Plenarsaal sorgten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt für eine angenehme Auflockerung des umfangreichen Informationsangebots. Im Vierteltakt des »Steigerliedes« ging nun der besondere Tag im Landtag zu Ende. 2.500 Besucher wurden bis zum Schluss der Veranstaltung im Herzen der sächsischen Demokratie gezählt.

Tina Kablau

SPURENSUCHE VOR DER HAUSTÜR

Rückblick auf die
18. Sächsischen
Jugendgeschichte

Fotos: T. Schlorke

// Die Jugendgeschichte sind der Höhepunkt des Programms »Spurensuche« der Sächsischen Jugendstiftung. Dabei gehen Jugendgruppen auf historische Forschungsreise. Sie spüren Geschichten auf, die so in keinem Geschichtsbuch zu lesen ist. In diesem Jahr beteiligten sich 19 Teams aus ganz Sachsen. //

Am ersten Tag der Jugendgeschichte waren die Jugendlichen dazu eingeladen, Geschichtsunterricht einmal anders zu erleben. Fünf Bildungsangebote in Form von Workshops, Lesungen und Exkursionen zu historischen Themen in und außerhalb des Landtags standen auf dem Programm. Ein Workshop über eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte wurde unter dem Titel: »Nicht in die Schultüte gelegt – Alltag jüdischer Kinder im Nationalsozialismus« vom Anne Frank Zentrum umgesetzt. In einer multimedialen Lesung mit Live-Musik und Originaldokumenten berichtete Geraf Pochop über sein Leben als Punk in der DDR und las aus seinem Buch »Untergrund war Strategie«. In einem weiteren Workshop diskutierten die Teilnehmer über jugendgerechte Erinnerungskultur damals und heute. Eine andere Gruppe besuchte das Digitalisierungszentrum und Kartenforum der Sächsischen Universitäts- und Landesbibliothek sowie die Gedenkstätte Bautzner Straße in Dresden.



Mit der Eröffnung des Projektemarkts am zweiten Tag durch die Erste Vizepräsidentin des Sächsischen Landtags Andrea Dombois und einer Videogrußbotschaft der Staatsministerin Petra Köpping wurde es mit fast 180 Spurensuchern sowie jungen und alten Gästen bunt im Sächsischen Landtag.

Geschichtsprojekte von Jury prämiert

Ein Höhepunkt der zweitägigen Veranstaltung war die Verleihung der Jugendgeschichte im Plenarsaal. Über diese Würdigung konnte sich das von jungen Fußballfans vorgestellte Projekt »Kick it like? – Frauen und Mädchen bei der BSG Chemie Leipzig« freuen. Die Jugendlichen aus dem Fanprojekt Leipzig beschäftigten sich mit Mädchen und Frauen im selbigen Fußballverein zu DDR-Zeiten. Ein weiterer Preis ging an die Jugendlichen aus der Kulturfabrik in Hoyerswerda. Mit ihrem Projekt »Underdogs im Dock 28« erforschten sie die Geschichte eines alternativen Jugendclubs in ihrer Stadt, der sich 1991 aufgrund von rassistisch motivierten Übergriffen gründete. Die Jugendlichen der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit Wurzen erhielten ebenso einen Jugendgeschichte. Sie beschäftigten sich in ihrem Projekt »GrenzGeschichten« mit den Schicksalen polnischer Zwangsarbeiter im Wurzenener Land.



Das Vertrauen des Landtags

Ministerpräsidenten und Landtag in der Zeit von 1919 bis 1933 (Teil 9)

// Die sächsischen Ministerpräsidenten zur Zeit der Weimarer Republik übten ihr Amt in einer politisch unruhigen Zeit aus. Der Landtagskurier hat ihr politisches Wirken und ihr Verhältnis zum sächsischen Parlament nachgezeichnet. Der letzte Teil der Serie fasst die Beiträge vergleichend zusammen. //



// Sächsisches Ministerialgebäude // Foto: SLUB / Deutsche Fotothek



// Sächsisches Ständehaus // Foto: SLUB / Deutsche Fotothek

Acht Männer konnten sich in der Zeit der Weimarer Republik Ministerpräsident des Freistaates Sachsen nennen. Amt und Geschlecht sind allerdings das einzige, was diese Herren miteinander verbindet. Ihre Biografien, ihre soziale, politische und geografische Herkunft, ihr Selbstverständnis und ihr späteres Schicksal könnten unterschiedlicher kaum sein. Einige drängten in dieses Amt und prägten es nachhaltig, andere fühlten sich lediglich verpflichtet es zu verwalten oder hielten es für gänzlich überflüssig.

So unterschiedlich wie ihr Rollenbild war auch ihr Verhält-

nis zum sächsischen Landtag, zum ersten vollständig demokratisch gewählten Parlament der sächsischen Geschichte. Welche Stellung der Ministerpräsident und die von ihm geführte Regierung gegenüber dem Parlament einnehmen sollte, welche Machtverteilung zwischen beiden Seiten die richtige sei, ob es des Parlaments überhaupt bedürfe und wenn ja wozu – über all diese Fragen hätten die acht wohl leidenschaftlich streiten können, wenn es denn je zu einem solchen Treffen gekommen wäre. Was aber wohl nie der Fall war.

Der alte Dualismus des Kaiserreichs

Für seine Amtsführung benötigte der Ministerpräsident das »Vertrauen des Landtags«. So stand es in der seit 1920 gültigen sächsischen Verfassung. Eine ähnliche Formulierung findet sich auch in den zuvor gültigen Provisorien. Diese Regelung war neu. Vor dem Ende des Ersten Weltkrieges war es der König, der quasi von oben die Regierung einsetzte. Das Parlament hingegen wurde zwar vom damals wahlberechtigten Volk gewählt, hatte aber unter dem Monarchen primär eine

beratende und eine repräsentative Funktion.

Man bezeichnet dieses System, in dem sich Parlament und eine vom Monarchen legitimierte und eingesetzte Regierung gegenüberstehen in der Politikwissenschaft als den »alten Dualismus«. Im »neuen Dualismus« hingegen stehen sich die Parlamentsmehrheit (aus der auch die Regierung hervorgeht, und der sie entsprechend verantwortlich ist) und die parlamentarische Opposition gegenüber. Der »alte Dualismus« war das System, das alle in jener Zeit amtierenden Ministerpräsidenten

noch aus der Praxis kannten. Ihr eigenes Parlamentarismusverständnis wich davon jeweils deutlich ab.

Gradnauer, Buck, Zeigner, Fellisch

Sachsens erster parlamentarisch gewählter Ministerpräsident, Georg Gradnauer, war ein jahrzehntelanger Befürworter der Parlamentarisierung. Doch nach der Abschaffung der Monarchie legte er als Verfassungsexperte einen Entwurf für ein sächsisches Grundgesetz vor, das neben dem Ministerpräsidenten auch einen Staatspräsidenten enthielt. Beide »Oberhäupter« sollten vom sächsischen Parlament gewählt werden, wobei der Ministerpräsident das operative Regierungsgeschäft zu erfüllen hatte, der Staatspräsident die Vertretung »nach außen«. Überdies hätte dem Staatspräsidenten die Ernennung des Ministerpräsidenten, der Minister und der Beamten sowie das Gnadenrecht zugestanden. Als weitergehend erwies sich das ihm zugeordnete Recht, innerhalb eines Monats die Volksabstimmung über ein vom sächsischen Parlament beschlossenes Gesetz anzuordnen und im Falle einer Ablehnung das Parlament aufzulösen.

Gradnauer zielte mit dem beabsichtigten Amt auf ein parlamentarisch fundamementiertes »Ersatzkönigtum« ab. Für ihn sollte der Staatspräsident die Funktion eines »ruhenden Poles« übernehmen. Von dieser Konstruktion konnte er allerdings im Frühjahr 1919 die eigene Fraktion nicht überzeugen.

Für Gradnauer wie für seine sozialdemokratischen Nachfolger Wilhelm Buck, Erich Zeigner und Alfred Fellisch war dagegen klar, dass es neben dem von allen Staatsbürgern gewählten Parlament keine weitere Kammer geben sollte. Entsprechende Vorstellungen der USPD, dem Parlament einen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte an die Seite zu stellen, scheiterten am Veto der MSPD, was im Frühjahr 1919 eine mögliche Koalition zwischen beiden linken Parteien platzen ließ. Doch damit war der Gedanke eines Parallel-Parlamentes noch nicht beerdigt. Ab Ende 1920 versuchte die KPD immer wieder, diese Idee ins Spiel zu bringen. Als Tolerierungspartner der MSPD und der USPD erhob sie regelmäßig die Forderung, einen Betriebsrätekongress mit legislativen Kompetenzen auszustatten. Dem gaben weder Buck noch Zeigner nach. Die Kompetenzen der Betriebsräte waren seit 1920 reichs-

gesetzlich geregelt und daran wollte auch die 1922 wieder vereinigte SPD nicht rütteln. Doch die KPD erstrebte mehr als nur die »proletarische Mehrheit« im Parlament, die nach einer Wahl verloren gehen konnte: Sie zielte auf eine »Arbeiterregierung« und letztlich auf die Diktatur des Proletariats – natürlich unter eigener Führung.

Die von Berlin aus angeordnete Reichsexekution gegen Sachsen am 29. Oktober 1923 brachte die erst einige Tage existierende »Arbeiterregierung« aus SPD und KPD zu Fall. Das Kabinett wurde militärisch beseitigt. Ein von Berlin aus eingesetzter Reichskommissar verwaltete nun den Freistaat mit einigen hochrangigen Beamten, wobei auch der Landtag ausgeschaltet war. Das allerdings hatte nicht einmal etwas mit dem »alten Dualismus« zu tun, sondern mit einer Form von Beamten- bzw. »Experten«-Regierung, die gänzlich ohne Parlament auskam. Um diesen unhaltbaren Zustand zu beenden, legten sich SPD und Linksliberale auf ein sozialdemokratisches Minderheitskabinett unter Alfred Fellisch fest. Nun konnte auch der Landtag wieder einberufen werden. Statt Klassenkampfrhetorik hob Fellisch in seiner Regierungs-

erklärung auf die Mitarbeit aller Volksteile ab, auf das »soziale Pflichtgefühl« und eine »wahre Menschenökonomie«. Damit kam er den Linksliberalen entgegen, stieß aber beim linken SPD-Flügel auf Widerwillen. Wollte dieser doch an der »proletarischen Mehrheit« mit den Kommunisten festhalten.

Heldt, Bünger, Schieck

Max Heldt stand als Sozialdemokrat ebenfalls fest hinter dem Gedanken der Parlamentarisierung. Er hatte sich aber schon 1918 bereit erklärt, auch in einer Regierung mitzuarbeiten, die noch vom König eingesetzt worden war. Als Ministerpräsident musste Heldt ab 1924 mit einer Mehrheit arbeiten, die nicht einem der klassischen Lager zuzuordnen war. Die Fixpunkte seiner Regierung definierte er daher mit den Begriffen »Demokratie« und »Volksgemeinschaft*«. Unter Demokratie subsummierte er nicht nur freie Wahlen, sondern auch das parlamentarische System. Neu war bei ihm, dass

* Der Begriff der Volksgemeinschaft wies Mitte der 1920er-Jahre noch nicht den rassistisch-exkludierenden Charakter auf, mit dem er in der Zeit des Nationalsozialismus untrennbar verbunden wurde.

AMTSZEITEN



DR. GEORG GRADNAUER
1919 – 1920



WILHELM BUCK
1920 – 1923



ERICH ZEIGNER
1923



ALFRED FELLISCH
1923 – 1924

er »alle Kräfte, die auf dem Boden der republikanischen Staatsverfassung stehen« zusammenfassen wollte, um den »Gedanken einer Volksgemeinschaft zum Schutze der Republik und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung [...] zu verwirklichen«, wie es in seiner Regierungserklärung vom 15. Januar 1924 hieß. Für Heldt sollten in einem Parlament damit alle Kräfte an einem Strang ziehen, die das System nicht rundweg ablehnten, wie in seinem Falle die Kommunisten. Dies ging so weit, dass ab 1927 auch die DNVP Teil der ihn unterstützenden Koalition wurde (siehe Landtagskurier 1/2022). Seine eigene Partei, die SPD, trug diesen Kurs jedoch nicht mit.

Mit seinem Versuch der übergroßen Koalition der »Volksgemeinschaft« hatte Heldt den Ton gesetzt für die Regierungszeit Wilhelm Bün- gers. Doch ohne die SPD war der Gedanke eine Farce. Also hofften die rechten Parteien 1929 auf eine Mehrheit für ihren »Bürgerblock«. Wäre dies gelungen, hätte sich grundsätzlich der »neue Dualismus« wieder eingestellt, da mit der SPD-Fraktion eine oppositionelle, aber nicht systemfeindliche Gruppierung bestanden hätte. Der Bürgerblock hatte jedoch

keine Mehrheit, Bün- gers Wahl erfolgte eher zufällig aufgrund eines taktischen Fehlers der KPD (siehe Landtagskurier 2/2022). Die kuriose Wahl mag Bün- ger in seinem skeptischen Verhältnis zum modernen Parlamentaris- mus gestärkt haben. Als erster Ministerpräsident der Weimarer Epoche gehörte er, der im nati- onalliberalen Bürgertum des Kaiserreichs seine politische Sozialisation erfahren hatte, nicht der SPD an. In seiner Amtszeit wurde das Konzept des »Experten-« oder Beamten- Kabinetts erneut virulent.

Auf die Spitze getrieben wurde dieser Gedanke schließlich unter der Ministerpräsident- schaft des Staatsbeamten Walther Schieck. Seine Beam- tenregierung hatte, bis auf wenige Tage im Mai 1930, keine Mehrheit im Parlament. Sie blieb bis 1933 lediglich »ge- schäftsführend« im Amt. Dieser Umstand zeigt, dass der »alte Dualismus« weiter seine An- hänger hatte. Allerdings mit dem gravierenden Unterschied, dass gar nicht klar war, auf wessen Autorität sich das auf vier Minister geschrumpfte und teilweise tatsächlich von hohen Beamten ohne Parteibuch be- stehende Kabinett überhaupt stützte. Der Grund, warum sich dieses labile System fast drei Jahre lang hielt, war einzig

und allein der Wunsch der über- großen Mehrheit des Landtags, Neuwahlen und damit ein weiteres Erstarken der National- sozialisten zu verhindern.

von Killinger

Anders als zum Beispiel in Thüringen gelangten die Natio- nalsozialisten in Sachsen somit bis Anfang März 1933 nicht an die Macht. Dann aber wurde der Landtag überfallen und eine nationalsozialistische Regie- rung unter Manfred von Killinger installiert. Zunächst also schien der alte Dualismus wiederher- gestellt: Einem nicht von Gott, sondern letztlich vom »Führer« Adolf Hitler autorisierten Kabinett stand ein entmachteter Landtag gegenüber, dem formal zwar noch Abgeordnete verschiede- ner Parteien angehörten, der aber weitgehend einstimmig abstimmte. Die politischen Gegner waren eingeschüchtert, in Schutzhaft genommen oder ins Exil gedrängt worden. Killinger hielt, wie er bereits lange vor 1933 deutlich gemacht hatte, auch von dieser Konstellation von Landtag und Regierung gar nichts. Er nutzte das Amt viel- mehr, um sich gegen seinen Konkurrenten, den NSDAP- Gauleiter Martin Mutschmann zu profilieren. Für die National-

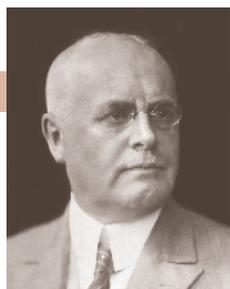
sozialisten gehörten die Landes- parlamente und mit ihnen die Demokratie gänzlich ab- geschafft.

Von der Sehnsucht nach Einfachheit

Die Einstellung zum »neuen Dualismus«, den die sächsi- sche Landesverfassung 1920 vorschrieb, blieb also inner- halb der Riege der Minister- präsidenten, aber auch in der Gesellschaft insgesamt ambivalent. Warum? Weil der »alte Dualismus« scheinbar einfacher war und in vielen Köpfen fortbestand. Eine von oben eingesetzte »Experten-« Regierung und ein lediglich beratendes und daher idealer- weise stets einiges Repräsen- tativorgan entsprachen einer häufigen Wunschvorstellung. Der »neue Dualismus« moder- ner Demokratien war hingegen anstrengend; und ist es bis heute. Er erfordert politischen Streit, Debatten, Kompromisse und, wie es die Verfassung verlangt, Vertrauen. Insbeson- dere die sächsische Geschichte der letzten 32 Jahre zeigt, dass der »neue Dualismus« machbar und notwendig ist. Das unterscheidet den ersten vom zweiten sächsischen Freistaat.



MAX HELDT
1924 – 1929



WILHELM BÜNGER
1929 – 1930



WALTHER SCHIECK
1930 – 1933



MANFRED V. KILLINGER
1933 – 1935



Foto: O. Killig

Bildungstage im Parlament für das FSJ

Erstmals fanden am 10. und 11. November 2022 im Sächsischen Landtag Bildungstage für junge Menschen statt, die in Sachsen ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) im Bereich Politik absolvieren. Am ersten Tag besuchten die FSJler eine Plenardebatte und erhielten bei einer Führung Einblicke in die Parlamentsarbeit. Anschließend nahmen sie an einem Rhetorikseminar teil. Der zweite Tag beinhaltete für die Teilnehmer ein politisches Planspiel. Während ihres Bildungsjahres nehmen die jungen Menschen regelmäßig an organisierten Wochenseminaren und Projekttagen teil.

Empfang der Weinhoheiten im Ständehaus

Im Dresdner Ständehaus hat Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner am 28. Oktober 2022 die Sächsische Weinkönigin Sabrina Papperitz sowie Weinprinzessin Stefanie Mühlbach empfangen. Er sprach mit den beiden Hoheiten über die diesjährige Weinlese. Dabei wurde deutlich, dass es eine relativ schnelle, kurze und zeitige Ernte gewesen sei. »Es wird ein guter Jahrgang, in Qualität und Menge«, ist sich Papperitz schon jetzt recht sicher. »Wir gehen von etwa 2,4 Millionen Litern Ertrag in Sachsen aus.« Das seien fünf bis zehn Prozent weniger als im Jahr 2021. Die Qualität sei allerdings höher.



Foto: Landtag

Broschüre zum Tag der Deutschen Einheit erschienen

In der Schriftenreihe »FESTAKT« hat der Sächsische Landtag eine neue Publikation herausgegeben. Sie dokumentiert die Veranstaltung zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2022. Enthalten sind neben der Begrüßungsansprache von Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner alle weiteren Redebeiträge.

Die Publikation kann kostenfrei bestellt werden unter
Telefon 0351 4935133
 oder per E-Mail an
publikation@slt.sachsen.de.



www.landtag.sachsen.de/publikationen



www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen



Der Sächsische Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt
 und auf Instagram:
[instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:

15.12. – 16.12.2022
 19.12. – 20.12.2022
 01.02. – 02.02.2023
 15.03. – 16.03.2023
 26.04. – 27.04.2023
 31.05. – 01.06.2023
 05.07. – 06.07.2023

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
 Tel. 0351 493-5601
 AfD
 Tel. 0351 493-4201
 DIE LINKE
 Tel. 0351 493-5800
 BÜNDNISGRÜNE
 Tel. 0351 493-4800
 SPD
 Tel. 0351 493-5700

Besucherdienst

Anmeldungen für Digital- und Präsenz-Führungen sowie Planspiele nehmen wir unter Tel. 0351 493-5132 entgegen.

Bürgerfoyer

Ausstellung »DAS PARLAMENT DER SACHSEN« sowie Wechselausstellungen:
 Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG
 Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
 Protokoll, Besucherdienst
 Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
 Tel. 0351 493-5133, publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Tina Kablau, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s.o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23 – 35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 14.11.2022
 Gastautoren: Dr. Janosch Förster, Prof. Dr. Mike Schmeitzner (beide TU Dresden)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.

